Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellungsstörungen und in Streikfällen extra

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 853, Postscheck Dresden 26 515. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 236. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Göbel, Dresden; Ausland: Alfred Neubrich, Berlin; übriger Teil: Fritz Reichmann, Dresden; Inserate: Fritz Mücher, Dresden; Druck u. Verlag: Sächsische Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17236, Postscheck Dresden 2515.

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 7. September 1932 | Nummer 203

Stoppt Papens Hungerkurs!

Gegen die faschistische Offensive des Kapitals die antifaschistische Gegenoffensive des arbeitenden Volkes!

Die Gewerkschaftsvertreter treten an zum Befehlsempfang

über die Durchführung der Notverordnung

Berlin, 7. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die christlichen und sozialdemokratischen Vertreter der Gewerkschaftsverbände sind für Donnerstag zu einer Besprechung mit der Reichsregierung geladen. In einer in der Presse erschienenen Verlautbarung des ADGB wird erklärt, daß der ADGB gegen das Papensche Wirtschaftsprogramm „Bedenken äußere" und diese „Bedenken" der Reichsregierung vortragen will.

Das Berliner Tageblatt teilt aber dazu mit, daß auf dieser Konferenz das weitere Vorgehen auf Grund der neuen Notverordnung besprochen werden soll. Es wird also über die Durchführung der Notverordnung verhandelt!

Nazipartei für Durchführung der Notverordnung

Berlin, den 7. September 1932

Gestern hat im Reichstagsgebäude eine Verhandlung zwischen dem Naziführer Göring und den Zentrumsführern Brüning und Bell stattgefunden. Es wurde darüber verhandelt, wie am besten die Durchführung der Papen-Notverordnung gesichert werden könne. Zu diesem Zweck soll evtl. kommenden Montag der Reichstag zusammenberufen werden, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen, dann aber gleich wieder für längere Zeit vertagt werden um Abstimmungen zu verhindern.

Bekanntlich treten die Lohnabbaubestimmungen der neuen Papen-Notverordnung schon am 15. September in Kraft. Ferner meldet die bürgerliche Presse übereinstimmend, daß schon ernste Pläne der Zentrums- und Naziführer dahin gehen, gemeinsam ein Präsidialkabinett zu tolerieren, wenn den Nazis entsprechende personelle Zugeständnisse gemacht werden. Das Berliner Naziorgan, der Angriff, wendet sich wütend gegen den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages. Die Nazipartei tut unter heuchlerischen Oppositionsphrasen alles Mögliche, um die Durchführung der Papennotverordnung zu sichern.

•

Die Zeichen deuten auf Sturm! Denn diese neuen Notverordnungen des Kabinetts werden in allen Schichten des arbeitenden Volkes eine Empörung auslösen, wie sie noch nicht dagewesen ist.

Wie sollen die Massen der Arbeiter und Angestellten, die noch in den Betrieben stehen, überhaupt existieren, wenn ihnen jetzt abermals die Löhne und Gehälter um 12½ Prozent, ja um 20 und sogar um 27 Prozent gekürzt werden!

Wie sollen die Millionen der Arbeitslosen, der Invaliden, Unfallrentner und der Krankenversicherten, denen die Papen-Regierung jetzt mit einem neuen Generalangriff auf die gesamte Sozialpolitik droht, diese Notverordnungen anders aufnehmen als mit einem Schrei ungeheuerster Empörung? Und glaubt die Regierung wirklich, daß sie bei den Arbeitslosen Jubel erwecken wird, wenn sie ihnen zumutet, als Lohndrücker gegen die Kollegen im Betrieb in Arbeit zu treten, für einen Hundelohn, der nicht oder kaum höher ist als ihre bisherige Unterstützung?

Lohnabbau und Sozialabbau — dazu aber zugleich eine Verlängerung der Bürgersteuer und durch die neuen Zölle und durch die beabsichtigte Einführung der Kontingentierung aller Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr eine neue Verteuerung der Lebenshaltung der gesamten werktätigen Massen: Wie sollen dabei die arbeitenden Massen überhaupt noch ihr Leben fristen?

Was allein bei den Arbeitern und Angestellten durch den neuen Lohnabbau „eingespart" wird, muß auf etwa

drei Milliarden Einbuße an Arbeitseinkommen

geschätzt werden.

Wenn aber die arbeitenden Massen um 3 Milliarden weniger Einkommen haben, können sie entsprechend weniger kaufen, können also die Kleingewerbetreibenden und Bauern entsprechend weniger verkaufen. So verschärft die neue Notverordnung auch das Elend dieser Schichten.

Alle diese Schichten der werktätigen Massen, die jetzt von dem neuen Angriff auf ihre Lebenshaltung betroffen werden, müssen sich um so mehr aufbäumen, als sie ja sehen, welche ungeheuren Vorteile die besitzende Klasse durch die neuen Notverordnungen erhält.

1500 Millionen durch Steuerermäßigungen,
700 Millionen durch Lohnzuschüsse,
50 Millionen für das Hausbesitzerkapital und dazu rund
3000 Millionen aus dem Lohnabbau,

das sind die Vorteile, welche die neuen Notverordnungen den besitzenden Klassen bringen! Da ist zu verstehen, wenn die Kapitalistenblätter in hellem Jubel das „Wirtschaftsprogramm" Papens als ein „Rettungsprogramm" preisen. Aber für die arbeitenden Massen ist es keine Rettung, sondern...

Es ist klar, daß die Arbeitermassen diese neuen Notverordnungen nicht einfach hinnehmen können. Wenn die Massen ihr Leben verteidigen wollen, müssen sie sich wehren. Dabei müssen sie sich klar sein, daß diese Notverordnungen der Regierung Papen die Erfüllung der Wünsche der faschistischen Bourgeoisie, ein Bestandteil des großen faschistischen Generalangriffs gegen das arbeitende Volk sind.

Gegen die faschistische Offensive des Kapitals die antifaschistische Gegenoffensive des arbeitenden Volkes!

Das Gebot der Stunde ist die Herstellung eines Kampfbündnisses aller Arbeitenden, aller von den Notverordnungen Betroffenen

Die reformistischen und christlichen Gewerkschaften tun nichts, um den Kampf gegen diese Notverordnungen zu organisieren und zu führen. Sie unterstützen damit praktisch das Kabinett Papen und seine Notverordnungspolitik!

Die Sozialdemokratie, anstatt für den einheitlichen geschlossenen Kampf der Arbeitermassen für ihre Lebensforderungen einzutreten, setzt alle Hebel in Bewegung, um ihn zu verhindern. Sie macht sich dadurch erneut zur Stütze des deutschen Kapitalismus und seiner faschistischen Politik!

Die Hitlerpartei ist verantwortlich für die Papen-Regierung und damit auch für diese Notverordnungen. Indem sie mit allen Mitteln der Lüge und Hetze und mit blutigem Terror den Kampf gegen die Arbeiterklasse führt, hilft sie dem faschistischen Unternehmertum zur Durchführung dieser Offensive gegen die Arbeitermassen!

Gegen die faschistische Bourgeoisie, ihre Papen-Regierung und die neuen Notverordnungen gibt es für die arbeitenden Massen nur eine Hilfe:

Sie müssen sich zusammenschließen in der roten Gewerkschaftsfront zur Antifaschistischen Aktion, zur antifaschistischen Gegenoffensive! Die ungeheure gemeinsame Not, die gemeinsame Gefahr der neuen faschistischen Offensive gegen das arbeitende Volk muß die arbeitenden Massen in Stadt und Land zusammenschmieden!

Kampf gegen die neuen Notverordnungen!

Kampf gegen jeden Pfennig Lohn-, Unterstützungs- und Rentenabbau!

Kampf gegen die faschistische Kapitalistenklasse und ihre Diener!

Macht mobil in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in allen proletarischen Massenorganisationen!

Die Lage ist ungeheuer ernst! Sie erheischt: Handeln!

Freital meldet

schon jetzt von erfolgreicher Mobilisation der Arbeiter zum Antifaschistischen Kampfkongreß. In Freital wurden bereits

36 Delegierte, darunter acht Betriebsdelegierte

gewählt. In Weinböhla wurden in einer Frauenversammlung zwei Frauen als Delegierte gewählt; eine Erwerbslosenversammlung in Mähnitz-Gostritz delegierte drei Erwerbslose. Das sind auch für alle anderen Orte ermunternde Beispiele der Mobilisation

zum Kampfkongreß der Antifaschistischen Aktion

am Sonntag, dem 11. September, um 9 Uhr im „Bürgergarten", Dresden, Löbtauer Straße

Verstärkter Polizeieinsatz gegen Textiler

Am Dienstag früh wurden vor der „Gardine" Pirnaischer Straße drei Arbeiter verhaftet, weil sie angeblich Flugblätter verteilt hätten. Bisher standen allnächtlich vor der Gardine Polizeidoppelposten. Seit gestern werden nunmehr auch die Wertzuwachsungen der Gardine an der Marwitzkreuze von Doppelposten der Polizei bewacht.

Es ist ganz klar, daß durch diese Maßnahmen die Streikmobilisation der Textiler erschwert werden soll. Nichtsdestoweniger macht diese Mobilisation aber trotz alledem weitere Fortschritte.

„Wir machen selbst die SPD-Arbeiter für den Streik mobil".

Es schreiben uns die den Textilern bei der Streikbewegung der Gardine helfenden Genossen. Konkretes berichten sie von besonders guten Vorstößen bei der Sammelaktion. Obwohl die „Dresdner Volkszeitung" z. B. kürzlich in einem verleumderischen Artikel aufrief: „Taschen zu!", damit die Solidaritätsbewegung für die Textiler beeinträchtigt werden solle,

haben im Bereich der Gardine die [illegible] Arbeiter nach [illegible] Diskussionen [illegible] allerdings auf die Sammelliste für die Textiler [illegible]. Auch die Mittelständler erklären durchweg:

„Wir spüren es ja auch, wenn die Textiler entrechtet werden"

Und im selben Atemzug erklären sie auch [illegible] bereit, Naturalien und auch Geld [illegible] Kampf der Textilarbeiter auf diese Weise zu [illegible] mit ihren beschränkten Mitteln [illegible] Empörung über die neue Papenverordnung [illegible] Textilern jetzt ist durch diese Verordnung die Empörung gesteigert worden. Sie erklären:

„Wenn wir jetzt nicht bald losschlagen, [illegible] abgerissen sein."

[illegible]

An die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der Textilindustrie!

Die Lohnbewegung in der sächsischen Textilindustrie ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Unternehmer versuchen auf Grund des tariflosen Zustandes und mit Hilfe der Notverordnung der Papenregierung ihre Lohnraubpläne in die Tat umzusetzen. Es gilt deshalb, mit ganzer Kraft die einheitliche Abwehrfront herzustellen! Die Betriebsräte müssen in den schweren Kämpfen gegen die Angriffe der Unternehmer, gegen Hunger, Lohnraub und Zuchthaus die Interessen aller Arbeiter vertreten, was nur auf der Grundlage der einheitlichen Kampffront der Solidarität geschehen kann.

Die RGO lädt deshalb alle Betriebsräte, Kampfausschüsse, Gewerkschaftsfunktionäre von ADB und Betriebsfunktionäre der RGO zu gemeinsamen

Großen Betriebsrätekonferenzen am Sonntag, 11. September, 9 Uhr

für die Gebiete Dresden, Meißen und Kamenz

in Radeberg im Restaurant „Reichskrone",

für die Gebiete Bautzen und Zittau

in Zittau im Restaurant „Zur Manda"

Kollegen! Die proletarische Einheitsfront muß hergestellt werden! Die Spaltung der Textilarbeiterschaft paßt nur dem Gegner! Deshalb müssen alle Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre erscheinen.

Die Angriffe der Lohnräuber müssen zurückgeschlagen werden!